

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Hans-Ulrich Klose MdB
zum zehnten Jahrestag
der Bonner Wende:
Eine Richtungsent-
scheidung gegen die
politische Vernunft.

Seite 1

47. Jahrgang / 188

30. September 1992

Eine Richtungsentscheidung gegen die politische Vernunft

Zum zehnten Jahrestag der Bonner Wende

Von Hans-Ulrich Klose MdB

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

"Es geht auf keinen Fall so weiter, wenn es so weitergeht!"
Erich Kästner

Zehn Jahre nach der Wende von 1982 ist die Bonner Koalition von CDU/CSU und FDP politisch am Ende, personell ausgezehrt und ohne inhaltliche Impulse. In der ersten Regierungserklärung verkündete Helmut Kohl eine "geistig-moralische" Erneuerung der Bundesrepublik, daraus wurde ein beispielloser Niedergang der Politik. Zwar trägt dafür nicht nur der Bundeskanzler die Verantwortung und auch nicht allein die anderen Akteure der Bonner Regierungsparteien. Aber Kohl ist der Hauptverantwortliche für die geistige Entleerung der Politik, die mit der Restauration seit 1982 eingeleitet wurde.

Die Liste der Versäumnisse und Fehler ist lang: Sozialabbau, Einschränkung von Arbeitnehmerschutz- und Vertretungsrechten. Die Abkassierung der Patienten durch die sogenannte Gesundheitsreform. Dann: die unseniöse Finanzierung der deutschen Einheit; das einseitige Abwälzen der Aufbaukosten für die neuen Bundesländer auf die unteren Einkommensgruppen; die Sparappelle an die Gewerkschaften, aber nicht an die eigene Adresse. Ferner: die dogmatische Weigerung, eine aktive Beschäftigungs- und Industriepolitik zu betreiben. Und schließlich: Die ständige Wiederholung folgenarmer Ankündigungen einer angeblichen Vorreiterrolle im Umweltschutz - alles das ist satbsam bekannt und bis zur Ermüdung beschrieben, analysiert und beklagt worden. Und doch läßt die Bundesregierung die Entwicklung weitertreiben, ohne daß wirklich etwas geschieht. Ihre Politik ist "Spalten statt Versöhnen" und nicht, wie in den 60er und 70er Jahren, die Förderung des inneren Friedens. Sie ist damit völlig untauglich, um den komplexen Problemen unserer Zeit gerecht zu werden.

Die Politik der Bundesregierung liegt in beängstigender Weise neben den sozialen Realitäten, wirtschaftlichen Erfordernissen und ökologischen Herausforderungen. In den wichtigsten Sachfeldern kann die Regierung keine stimmigen Konzepte anbieten, geschweige denn eines zum gesellschaftlichen Wandel insgesamt, in dem diese Einzelfragen eng miteinander verknüpft sind. Die Bundesregierung versucht, sich durchzuwursteln, wo klare politische Orientierungen gefordert

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreislauf-Übersicht
mit demselben Rücklauf
Receipt-Paper



sind. Doch der Bundeskanzler ist zur Einsicht nicht fähig. Er versucht noch immer, den harten Realitäten auszuweichen, die sich heute mit aller Kraft stellen: die gerechte Neu- und Umverteilung von Reichtum, damit der bereits sehr gefährdete soziale Friede erhalten bleibt. Und der ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, damit die bedrohten Lebensgrundlagen geschützt und auch für zukünftige Generationen bewahrt werden können.

Wir Sozialdemokraten sehen mit großer Sorge, daß in unserem Land zwischen Ost und West neue Fremdheit wächst, eine große Zahl von Menschen in den sozialen Abstieg rutscht, sich öffentliche Armut ausbreitet und die Umweltgefahren weiter zunehmen. Der Widerspruch zwischen dem Wissen über diese Gefahren und dem Nichthandeln wird immer unerträglicher. Damit wächst die Gefahr, daß aus dem Versagen der Bundesregierung eine Krise des politischen Systems wird.

Wir beteiligen uns nicht an der plumpen, populistischen Stimmungsmache, die jetzt die Bundesregierung und die Politik insgesamt für alle ungelösten Probleme der Gesellschaft verantwortlich machen will. Aber auch wir müssen beklagen, daß CDU/CSU und FDP dieser bedrohlichen Entwicklung kräftig Vorschub leisten. Von den großen Ankündigungen, die vor der letzten Bundestagswahl gemacht worden sind, ist nach der Wahl kaum etwas übrig geblieben. Bis heute haben die Regierungsparteien kein Konzept, die deutsche Einheit sozial, ökonomisch und kulturell zu verwirklichen. Der anhaltenden Abschwächung der Entwicklung auf dem Weltmarkt stehen sie tatenlos gegenüber. Die wirtschaftliche Stabilität der 80er Jahre haben sie für eine soziale und ökologische Zukunftsvorsorge nicht genutzt.

Der Kurswechsel zu einer sozial gerechten und umweltverträglichen Reformpolitik ist dringend erforderlich. Die Politik der Bundesregierung kann den Menschen keine Sicherheit geben, sie verzehrt die Restbestände an Zukunftsgewißheit, so daß sich Verdruß, Egoismus und politische Gleichgültigkeit ausbreiten. Es ist beängstigend, wie die Neigung zu einem ebenso autoritären wie demagogischen Populismus zunimmt, sich das "Wilhelminische" in neuen Formen zeigt. Die Demokratie der Nachkriegszeit steht vor ihrer bisher größten Bewährungsprobe. Wir haben Zweifel, ob sie bei Fortdauer der Politik der letzten zehn Jahre zu bestehen ist. Auch deshalb ist der politische Kurswechsel dringend erforderlich.

Wende-Ideologie

Politischer Konservatismus läßt sich allgemein definieren als eine Gegenbewegung zur Demokratisierung der Gesellschaft. Er ist eine Reaktion auf vollzogene oder drohende Umwälzungen der bestehenden Ordnung. Der Konservatismus ist in seinem Ursprung auch ein Gegner des Liberalismus. Insofern konservative Konzeptionen über lange Zeit in einer deutlichen Distanz zur industriellen Modernisierung gestanden haben, die aus sich heraus zur Auflösung überholter Wertvorstellungen und traditioneller Ordnungen beiträgt. Doch der Konservatismus hat sich veränderten sozialen und ökonomischen Bedingungen angepaßt und reagiert heute in historisch neuen Formen. Während er früher zuerst sozial-kulturelle Entwicklungen verhindern wollte, zielt er seit Mitte der 70er Jahre viel stärker darauf ab, vollzogene Prozesse wieder zurückzudrehen, restaurativ zu wirken.

In der Reaktion auf die Demokratie- und Reformbewegung der 60er und 70er Jahre bildete sich zuerst in den USA, dann in Großbritannien und schließlich auch in der Bundesrepublik eine konservative Ideologie heraus, die als Neokonservatismus bezeichnet wird. Sie hat ihre Wurzeln in der kulturellen Kritik an der wohlfahrtsstaatlichen Verallgemeinerung und der Ausweitung demokratischer und sozialer Rechte. In dieser Betrachtung hat angeblich der zum "Versorgungsstaat verfremdete Sozialstaat" (Hans-Dietrich Genscher) drei große Krisen hervorgerufen: die ökonomische Krise ("Wachstumsschwäche"), die politische Krise ("Unregierbarkeit") und die Sinnkrise ("geistig-moralischer Verfall").

Dem Wohlfahrtsstaat werden sinkende Wachstumsraten, zunehmende Arbeitslosigkeit, verschlechterte Konkurrenzbedingungen am Weltmarkt und ein "sittlicher Verfall des allseits abgesicherten Massenindividuum" (W. Engels) angelastet. Zur Begründung dieser Kritik behaupten Konservative und Wirtschaftsliberale, daß die soziale Verrechtlichung eine "Fesslung der Marktkräfte", "Übertreibungen der Demokratie", den "Mißbrauch des Sozialstaates" und eine allgemeine "Anspruchsmoralität" hervorgerufen hätten.

Die Ansatzpunkte neokonservativer Politik liegen demnach zwar nach wie vor auf dem Feld der Wertorientierung, aber diese sollen jetzt mit dem modernen ökonomischen System "versöhnt" und letzteres dabei auf sein eigentliches Prinzip (ohne demokratische und wohlfahrtsstaatliche Regulierung) zurückgeführt werden. Der immer wiederkehrende Grundtenor konservativer Kultur- und Zivilisationskritik ist die "Vermassung". Im Neokonservatismus nun werden diese traditionellen Positionen mit dem Gedanken der "Versöhnung des deregulierten Kapitalismus mit konservativen Normen und Wertvorstellungen" verbunden. Das Neue am neokonservativen Gesellschaftsbild ist demnach die nachdrückliche Bejahung der industriegesellschaftlichen Entwicklung auf strikt kapitalistischer Grundlage bei einer gleichzeitigen Beibehaltung der Kritik am Massencharakter der modernen Demokratie.

Jürgen Habermas kritisiert die neokonservative Ideologie als eine Verwechslung von Ursache und Wirkung: "An die Stelle der ökonomischen und administrativen Ursachen, der sogenannten Sachzwänge entwickelter Ordnungen, die immer weitere Lebensbereiche in eine ökonomische Logik zwingen und bürokratisieren, immer weitere Beziehungen in Waren und Objekte der Verwaltung verwandeln, an die Stelle der wirklichen Krisenursachen rücken die Konservativen das Gespenst einer subversiv überbordenden Kultur."

Mit anderen Worten: Die Konservativen sehen die Ursache für die Fehlentwicklungen der Gesellschaft in erster Linie in der Verweltlichung, Demokratisierung, Aufklärung und Emanzipation, aber nicht in ökonomischen Zwängen. Und da es nicht mehr um die grundsätzliche Verhinderung, sondern die Beschränkung und Kanalisierung von Demokratisierungsprozessen gehen kann, wird anders als in der Nachkriegszeit gerade in der Entfesselung von Technik und Wirtschaft die Voraussetzung dafür gesehen, daß der Einzelne die primären konservativen Werte der Familie wieder zu schätzen lernt. Und erst dann, so die konservative Überzeugung, sei der Leistungswille des Einzelnen wieder so gestärkt, daß die Nation und der Einzelne im Konkurrenzkampf überlebensfähig sei.

Sozialstaat wird zum Hemmnis erklärt

Dieser konservativen Ideologie zufolge gilt die soziale Entfesselung des Kapitalismus als eine erfolgreiche Methode für die Rücknahme solidarischer Bindungen und demokratischer Rechte. Vieles, was man dem marktwirtschaftlichen Kapitalismus negativ anlastete, sei nur ein unerwartetes Ergebnis gewisser Fesseln, die man ihm aus sozialen Gründen angelegt hat. "Es gäbe noch mehr Wohnungen, wenn ein freier Markt bestünde. Es gäbe mehr Studienplätze, wenn kein staatliches Universitätsmonopol existierte. Es gäbe kaum Arbeitslose, wenn der Arbeitsmarkt nicht schon seit langem abgeschafft worden wäre", so Günter Rohrmoser, einer der Vordenker des bundesdeutschen Neokonservatismus.

Der Sozialstaat wird zum Hemmnis blühender Wirtschaft erklärt. Das Soziale an der sozialen Marktwirtschaft sei ihr Konstruktionsfehler.

Die Wende der 80er Jahre war insofern auch eine Wende gegen die sozialstaatliche Politik der Nachkriegszeit, die von den konservativen Parteien in Europa mitgetragen und mitgestaltet worden war. Dasselbe gilt für die USA, wo in den 30er Jahren der New Deal den Wohlfahrtsstaat begründet hatte. Die derzeit vorherrschend einseitige Ausrichtung auf die Stärkung der Wirtschaftsmacht und auf eine Politik der Konfrontation gegen die Gewerkschaften wäre in der Adenauer Ära, zugegeben unter anderen ökonomischen Rahmenbedingungen, nicht möglich gewesen. Aber unter seinem selbsternannten Enkel Kohl vollzog sich, begleitet von verschärften Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften, ein schrittweiser Wechsel von der "sozialen Marktwirtschaft" zur Herabstufung des Sozialstaates und zur Spaltung der Gesellschaft in eine "Zwei-Drittel-Gesellschaft".

Sicher, das kam nicht von ungefähr: Angesichts weltwirtschaftlicher Stagnationstendenzen und der Verteilungskrise von Arbeit und Einkommen geriet Anfang der 80er Jahre das sozialdemokratische "Modell Deutschland" - Ausbau des Wohlfahrtsstaates und aktive Modernisierung der Volkswirtschaft - an Grenzen. Der enge Zusammenhang der Nachkriegszeit zwischen Wachstum, Beschäftigung und Verteilung löste sich auf. Außerdem wurden die negativen Folgenwirkungen der Wachstumsdynamik für die Umwelt deutlich. Doch die SPD hatte mit einem eine neue Mehrheit suchenden Koalitionspartner FDP nicht mehr die Kraft, eine Erneuerung ihrer Reformpolitik durchzusetzen.

Der Weg für die Wende war geöffnet. Durch das Abstreifen früherer Formen des zivilisationskritischen Konservatismus war eine Annäherung der historisch oft verfeindeten Positionen von Konservatismus und Liberalismus möglich geworden. Der frühere FDP-Chef Martin Bangemann hat diese neue Gemeinschaft gegen den Sozialstaat in einer besonders zynischen Form beschrieben: "Viele bei uns scheuen heute vor der Verantwortung zurück, die Individualität bedeutet. Viele haben Angst vor dem Krieg. Das Ende aller Sicherheit vor Augen, fühlen sie sich wohl in der egalitären Primitivgesellschaft."

Die Wende war auch in der Bundesrepublik alles andere als ein "ideologisches Täuschungsmanöver" für enttäuschte und verunsicherte Wähler, sondern der Beginn einer prinzipiellen Systemauseinandersetzung. Zwar konnte sich die Wende aufgrund sozialstaatlicher Traditionen und starker Gewerkschaften nicht in dem Umfang wie in Großbritannien oder den USA durchsetzen, doch sie hat auch in unserem Land tiefe Spuren hinterlassen.

Unstimmigkeiten und Folgen der Wende

Die Wende von 1982 war eine bewußte Richtungsentscheidung gegen den sozialen Kompromiß und die Integrationspolitik der Nachkriegszeit. Damit wurde auch in der Bundesrepublik das schwierige, aber für den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft entscheidende Spannungsverhältnis zwischen starken Einzelinteressen und Solidarität, zwischen individueller Leistung und sozialer Gemeinschaftlichkeit einseitig verschoben. Das war von CDU/CSU und FDP so gewollt.

Hans-Dietrich Genscher begrüßte die Wende als das "Ende der sozialdemokratischen Epoche": "Heute geht es um den Eintritt in ein neues Zeitalter, in ein Zeitalter liberaler und konservativer Welt. Die sozialdemokratische Epoche war eine Epoche der Vermassung ... die nun heraufziehende Gesellschaft ist von ihrem Wesen her eine individualistische Gesellschaft. Der Trend ist am deutlichsten sichtbar in den Vereinigten Staaten. Das heutige Amerika feiert die Befreiung der Kraft und der Kreativität des Individuums als die Basis des kulturellen und wirtschaftlichen Neubeginns." Mit ähnlichen Aussagen taten sich auch Helmut Kohl und Heiner Geißler hervor.

Doch gerade in den USA wird heute die Ideologie des "isolierenden Individualismus" für die tiefe Krise der amerikanischen Gesellschaft verantwortlich gemacht, weil sie systematisch verdrängt, daß jede komplexe Ordnung auf Gegenseitigkeit angewiesen ist. Schritt für Schritt werden seit Beginn der 80er Jahre die sozialen und kulturellen Bindungen des Einzelnen an die Gesellschaft gekappt, während die polizei- und ordnungsrechtlichen Möglichkeiten des Staates ausgebaut werden. Damit werden zuerst die sozialen Grundlagen der Gemeinschaftsbildung aufgelöst und schließlich werden auch individuelle Existenzen selbst gefährdet. Die Beseitigung der individuellen "Anschlüsse" an die Gesellschaft führt zur Aushöhlung sozialen Gemeinnsinns sowie zur Lähmung des demokratischen Gestaltungswillens und einer kompromißfähigen Kultur.

Geschichte kann demaskierend wirken: Heute lesen sich die damaligen Vorwürfe gegen die Regierung von Helmut Schmidt und die Begründung für die Wende von 1982 wie ein Schuldbekenntnis der derzeitigen Regierungspolitik:

- eine ständig anwachsende Staatsverschuldung, die heute unter Finanzminister Waigel historische Rekordhöhen erreicht;
- eine Wirtschaftspolitik, die nicht zu Wachstum und Vollbeschäftigung führt, was sich heute vor allem in den neuen Bundesländern zeigt;
- eine anhaltende Störung der Investitionsbereitschaft, die ganz besonders für die derzeitige Wirtschaft gilt, der keine zuverlässige Orientierung gegeben wird;
- ein Auswuchern der Bürokratie, für die zum Beispiel bei der Treuhandanstalt die Bundesregierung Kohl/Möller verantwortlich ist;
- ein Leistungsverlust der öffentlichen Systeme, insbesondere von Bildung und Gesundheit, die beide zu den Krisenbereichen der heutigen Politik gehören.

Der 1982 ideologisch begründete Rückzug der Politik aus der gesellschaftlichen Verantwortung hat zu einer Verschärfung der Probleme geführt. Nach einer kurzen Phase der Aufstiegs folgt nach den USA, nach Großbritannien, nun auch in der Bundesrepublik der tiefe Fall durch eine Wendepolitik, die immer stärker auseinandergetrieben hat, was in einer komplexen Ge-

sellschaft zusammengeführt werden muß: Individualismus mit Gemeinwohl, wirtschaftliches Expansionsstreben mit sozialer und ökologischer Verantwortung.

Die neokonservative Politik verkennt, daß erst der Sozialstaat die Möglichkeiten zu größerer Individualisierung geschaffen hat. Ich will gar nicht in Abrede stellen, daß durch die Bürokratisierung, bei der das preußische Ordnungsrecht, das bekanntlich älter als die deutsche Sozialdemokratie ist, zur Verrechtlichung sozialer Sicherheit genutzt wurde, Hemmnisse für Kreativität und Engagement aufgerichtet werden können. Aber dagegen ist Deregulierung kein Weg (die von den Konservativen ja auch nicht für die Ordnungsfunktionen des Staates gefordert wird), sondern es sind neue Formen demokratischer und flexibler Gestaltung notwendig.

Eine zukunftsverträgliche Entwicklung erfordert eine erhebliche politische Koordinierungsleistung, um die Gesamtrationalität dynamischer gesellschaftlicher Entwicklung zu ermöglichen. Diese Koordinierungsaufgabe (die mit dem "Nachwächterstaat" so wenig zu tun hat, wie der Firmenpatriarch mit modernem Management) ist mit der zunehmenden Komplexität und Ausdifferenzierung der Gesellschaft schwieriger geworden, aber sie ist wichtiger denn je, soll die Politik ihren eigentlichen Auftrag wahrnehmen: die Gestaltung einer demokratischen und zukunftsverträglichen Entwicklung unseres Gemeinwesens.

Diese Aufgabe stellt sich heute besonders drängend für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Ohne die Einbeziehung der Rechte der Natur in die Wirtschafts- und Lebensweisen wird es auf Dauer keinen Frieden geben. Dies verlangt aber nicht weniger, sondern mehr politische Gestaltung und Verantwortung. Dieses Beispiel belegt auch, daß die Deregulierung kein Mittel ist, um die innere Rationalität einer komplexer gewordenen Gesellschaft zu bewahren. Denn nicht nur die Freiheit des Einzelnen muß vor den übermächtigen Ansprüchen des Staates geschützt werden, auch der Schutz der Kollektivgüter ist eine Grundbedingung für den Erhalt der individuellen und gesellschaftlichen Freiheit.

Das Grunddilemma konservativer und wirtschaftsliberaler Ideologie - im Übrigen auch der Grünen - ist die Verdrängung gesellschaftlicher Komplexität. Sie kann keine innere Stimmigkeit erreichen, weil sie den reformerischen Ausgleich wichtiger Interessen verneint. Es paßt nicht zusammen, wenn sich ein großer Teil der Unionsparteien in den kulturellen Traditionen des letzten Jahrhunderts bewegt, sich aber zugleich auf dem ökonomischen Feld als Vertreter einer absoluten Wachstumspolitik gerieren will.

Das Debakel ist groß: Der schonungslose Wachstumskurs verschärft die sozialen Probleme, kann aber zugleich die versprochenen Erfolge nicht einlösen. Dies wiederum ist Anlaß für verschärfte Richtungsauseinandersetzungen, die zunehmend die Geschlossenheit des konservativen Lagers auflösen und Raum für neue rechtsradikale Bewegungen schaffen. Dagegen paßt bei den Grünen nicht zusammen, daß sie einerseits die Industriegesellschaft einer radikalen Kulturkritik unterziehen, sich aber andererseits auf eine konkrete Politik sozialer und ökonomischer Reformen nicht einlassen wollen.

Den Stillstand in der Politik überwinden

Wir Sozialdemokraten wollen den Stillstand der Politik überwinden, mit konkreten sozial-ökologischen Reformprojekten, die mit den veränderten Strukturen in Europa und zwischen Nord und Süd in Einklang stehen. Wir wollen die weitere Aushöhlung des sozialen Friedens und die Gefährdung der Demokratie verhindern. Was unsere Gesellschaft braucht, sind neue Antworten auf die alte Frage: "Wie ist sozialer Fortschritt möglich?" Nur so können wir den Menschen Sicherheit und Zukunftsgewißheit zurückgeben.

Wir sehen mit großer Sorge die wachsende Parteienverdrossenheit in unserem Land, die auch ein Ergebnis des politischen Vakuums ist, das die Bundesregierung mit ihren folgenlosen Ankündigungen, symbolischen Handlungen, Postenschacher und Koalitionsquerelen geschaffen hat. Die Chancen für einen Populismus, der seinen Nährboden im Versagen der konservativen Politik und sein Instrument in der Radikalisierung des rechten Lagers findet, wachsen.

Die Neunziger Jahre dürfen aber nicht zu einem Jahrzehnt des autoritären Populismus werden, bei dem sich der Wunsch nach einfachen Lösungen mit Intoleranz und Aggression gegen alles Fremde zu einer brisanten Mischung verbindet. Ich fordere deshalb vor allem die Unionsparteien auf, sich diesen Stimmungen nicht anzupassen und ihnen keinen Nährboden zu

bereiten. Die "Neue Rechte" könnte sonst mit ihren demagogischen Parolen eine destruktive Eigendynamik entfalten, bei der die Demokratie auf der Strecke bleiben kann.

Wir Sozialdemokraten setzen uns für eine Reform der politischen Ordnung ein, um die Grundlagen für eine allgemein akzeptierte Kultur der Demokratie und des sozialen Gemeinsinns neu zu beleben. Dies allein ist die Basis für vernünftige Lösungen. Deshalb warnen wir auch davor, die Parteien als plurale Form einer Einheitspartei zu diffamieren. Es macht keinen Sinn, das politische System niederzuschreiben und anschließend die Entpolitisierung der Gesellschaft zu beklagen. Genauso wenig kann es ein Weg sein, mit einer Antiparteienbewegung zu spielen, wo doch gerade umgekehrt eine demokratische Stärkung und Transparenz der Parteien erforderlich wäre. Der Kern der Krise der Gesellschaft liegt nämlich nicht in der Existenz der Parteien an sich, sondern in erster Linie im politischen und konzeptionellen Versagen der Bundesregierung und in der großen Unsicherheit über die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft.

Wir Sozialdemokraten wollen die soziale und ökologische Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür haben wir in den letzten Jahren die programmatischen Grundlagen in unserem Berliner Grundsatzprogramm und im Konzept "Fortschritt 90" geschaffen: Sozialer und ökologischer Fortschritt ist möglich, aber er erfordert eine Politik gesellschaftlicher Reformen:

- Die globalen Umweltgefahren, die schwerwiegender sind, als es die meisten Menschen wahrhaben wollen, machen es zwingend, dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen den ersten Rang einzuräumen.
- Umweltzerstörung, von Menschen verursacht, ist eine Folge der Überentwicklung im Norden und eine Unterentwicklung im Süden. Umwelt- und Entwicklungspolitik gehören zusammen. In ihrem Zentrum stehen eine ökologische Stoffwirtschaft, die Erhöhung der Energieproduktivität und eine Reform der Weltwirtschaft.
- Wir müssen die Verwirklichung der deutschen Einheit als Chance begreifen. Dabei dürfen weder die Fehler der westdeutschen Gesellschaft beim Aufbau der neuen Bundesländer übernommen, noch die Größe der Aufgabe verharmlost werden. Es muß um den Aufbau einer besseren gesamtdeutschen Wirklichkeit gehen: ökonomisch, sozial, ökologisch und kulturell.
- Wir brauchen eine moderne Industriepolitik, die den ökologischen Umbau als Chance für die Verbesserung der Wettbewerbschancen sieht und für eine energieeffiziente, rohstoffschonende und abfallarme Produktion nutzt.
- Wir wollen bei den drängenden sozialen Fragen endlich handeln; bei der Einführung einer Pflegeversicherung, bei der Beseitigung der Wohnungsnot und bei der Bekämpfung der zunehmenden Armut.
- Die Bildungspolitik muß wieder Prioritätsbereich werden, im Osten und im Westen der Bundesrepublik.

Die Menschen wollen, daß Sozialdemokraten die Probleme anpacken und ihnen eine sichere Zukunft zeigen. Dazu sind wir bereit. Wir stehen zu unserer Mitverantwortung, aber dies erfordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Bonner Politik. Wir drängen auf einen politischen Neuanfang, aber als Alibi werden wir uns nicht mißbrauchen lassen.

Angesichts der Gefahren durch eine "Neue Rechte" und des politischen Versagens von CDU, CSU und FDP ist die SPD in besonderer Weise zu einer Politik innerer Reformen gefordert. Wir wollen durch die soziale und ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft den Menschen Zukunftssicherheit zurückgeben. Damit verbunden ist die Bereitschaft, Armut zu lindern und die finanziellen Lasten der deutschen Einheit fair und solidarisch zu ragen. Es wäre nicht zuletzt ein Beitrag zur Sicherung des Industriestandorts Deutschland, der vor allem politische Verlässlichkeit und inneren Frieden braucht.

(-/30. September 1992/rs/ks)
